

## Buchbesprechungen

---

Viele beachtenswerte  
Teillösungen — aber kein  
gesellschaftspolitisches  
Gesamtkonzept

### I

Neben vielen staatlichen Institutionen und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen kann in diesem Jahr auch der DGB sein „silbernes Jubiläum“ feiern. Im Ok-

tober 1949 fand der DGB-Gründungskongreß in München statt. Das wird für viele Politiker, Publizisten und auch führende Gewerkschafter ein Anlaß sein, mehr oder weniger kritisch auf 25 Jahre gewerkschaftlicher Politik zurückzublicken. Die Wertungen über Erfolg und Mißerfolg werden dabei — je nach dem politischen Standort — natürlich unterschiedlich ausfallen. Es gehört auch keine besondere Prophetie zu der Feststellung, daß in diesen Rückblicken die Frage eine besondere Rolle spielen wird, ob und in welchem Umfang es den Gewerkschaften in der Nachkriegszeit gelungen

ist, eine geschlossene Konzeption zur (möglicherweise sogar strukturellen) Änderung unserer Gesellschaft zu entwickeln und durchzusetzen.

## II

Bei diesen Diskussionen kann eine kürzlich im Bund-Verlag erschienene Publikation über die „Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes“<sup>1)</sup> eine wichtige Informationsquelle darstellen. Herausgeber sind *Gerhard Leminsky*, Mitarbeiter beim „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB“ sowie Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“, und *Bernd Otto*, Vorstandssekretär beim DGB-Bundesvorstand und enger Mitarbeiter von *Heinz Oskar Vetter*, Das Buch enthält ein Vorwort des DGB-Vorsitzenden. Insgesamt kann man also wohl von einer offiziellen Veröffentlichung sprechen.

Es handelt sich dabei um eine übersichtliche, systematische Sammlung der wichtigsten seit Gründung des DGB verabschiedeten Programme, Beschlüsse und Stellungnahmen. Die Dokumentation enthält überwiegend programmatische Forderungen, die von den höchsten DGB-Organen (Bundeskongreß, Bundesausschuß, Bundesvorstand) beschlossen worden sind. Nur in Ausnahmefällen — wie etwa bei der Vermögensbildung — wurden Beschlüsse von Einzelgewerkschaften aufgenommen. Die Materialsammlung behandelt — neben dem Vorwort und „Einführenden Überlegungen“ — folgende Themenkomplexe: Grundsatz- und Aktionsprogramm, Bildung, Mitbestimmung, Tarifpolitik, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Steuerpolitik, Umweltpolitik, Regional-, Struktur-, Städtebau- und Wohnungspolitik, Personengruppenarbeit (Jugend, Frauen, Angestellte, Beamte, Arbeiter), internationale Gewerkschaftspolitik, Kulturpolitik, Satzung und Aufbau des DGB.

Mit Ausnahme des ersten enthält jeder Abschnitt eine rein sachliche und informative, also nicht politisch weitende Vor-

bemerkung, ein Verzeichnis der abgedruckten Dokumente und einige Literaturhinweise. Die Dokumente selbst sind wiederum mit einem Quellenhinweis versehen.

Diese vorbildliche methodische Vorgangsweise gibt der Publikation den Charakter eines ständig zu benutzenden Handbuches und erleichtert es außerdem jedem Interessierten, tiefer in die Materie „einzusteigen“.

## III

Wer sich gründlich mit der fast 500 Seiten umfassenden Dokumentation beschäftigt, kann nicht bestreiten, daß der DGB seit seiner Gründung zur Lösung von Problemen in den verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Bereichen eine Vielzahl von Konzepten und Vorschlägen vorgelegt hat. In diesem Sinne wurde auch gute theoretische Arbeit geleistet. Die (notwendige) Erarbeitung von Teilkonzeptionen ist allerdings nicht automatisch identisch mit der Erarbeitung einer Gesamtkonzeption zur Veränderung der Gesellschaft. Dazu bedarf es — politischen Willen vorausgesetzt — gesonderter Anstrengungen. Darauf weist auch einer der beiden Autoren, Gerhard Leminsky, in seinen „Einführenden Überlegungen“ hin.

Gerade wegen dieses Nachholbedarfs kommt den „Einführenden Überlegungen“ zur Programmatik der Gewerkschaften (25 Druckseiten) von Gerhard Leminsky besondere Bedeutung zu. Unter Bezugnahme auf die vielen nebeneinanderstehenden Einzeldokumente unternimmt er den Versuch einer — auch historisch begründeten — Gesamtschau gewerkschaftlicher Politik. Soweit notwendig, wird an kritischen Einwendungen nicht gespart.

Der Autor erläutert (in jeweils gesonderten Kapiteln) die Grundprinzipien gewerkschaftlichen Handelns, stellt die

1) Gerhard Leminsky / Bernd Otto: Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Mit einem Vorwort des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter. Bund-Verlag, 480 S., Plastikeinband, 25,50 DM, für Gewerkschafter 19,80 DM.

zentrale Frage nach der Autonomie der Gewerkschaften aus der Sicht verschiedener Leitbilder (Neoliberalismus und Technokratiekonzept / christliche Soziallehren / Marxismus und Linkssozialismus / freiheitlicher — demokratischer Sozialismus), schildert die historische Entwicklung der gewerkschaftlichen Programmatik und kommentiert die gegenwärtigen Programmvorstellungen des DGB.

Soweit es um die Grundprinzipien geht, betont Leminsky, daß es den Gewerkschaften — bei aller Notwendigkeit theoretischer Arbeit — nicht darauf ankommt, eine bestimmte „Theorie“ zu beweisen bzw. eine spezifische Ideologie zu verfolgen. Permanent ist es vielmehr die wichtigste Aufgabe, die *konkrete* Lage der abhängig Beschäftigten zu verbessern.

#### IV

Das Kapitel über die Geschichte der Gewerkschaften und die darin eingebettete Entwicklung ihrer Programmatik umfaßt genau zehn Druckseiten. Das ist für einen geschichtlichen Abriß sicherlich wenig und in mancher Hinsicht problematisch. "Wenn man allerdings berücksichtigt, daß das Buch vorrangig nicht für Historiker, sondern für „praktizierende“ Gewerkschafter geschaffen wurde, gewinnt man einen anderen Beurteilungsmaßstab. So gesehen überwiegen die Vorteile, weil die großen geschichtlichen „Linien“, die bis auf den heutigen Tag für die gewerkschaftliche Arbeit bedeutsam sind, sichtbar werden. (Und nur in diesem Sinne abstrahiertes geschichtliches Wissen hat ja praktischen Wert.)

Welche gravierenden großen „Linien“ lassen sich aus Leminskys Beitrag ablesen? Die folgenden sind wohl von besonderem politischem Gewicht:

— Der auch bis auf den heutigen Tag nicht ausgestandene Dauerstreit um die Frage, ob die Gewerkschaften als „Ordnungsfaktor“ oder als „Gegenmacht“ zu agieren hätten, zieht sich quer durch ihre Geschichte. Gerade rückblickend wird deutlich, wie fruchtlos dieser letztlich falsche Alternativen aufzeigende Streit war und

wie lähmend er in den entscheidenden Augenblicken wirkte.

— In der Nutzung „historischer Chancen“ waren die Gewerkschaften offensichtlich nie besonders stark. Das gilt (insbesondere) sowohl für 1918 als auch für 1945 und die jeweils unmittelbar folgenden Nachkriegsjahre. Die Gewerkschaften hatten in beiden Fällen de facto eine außerordentlich starke politische Position. Diese wurde weder genutzt, um eine grundlegende Neuordnung der Wirtschaft (und damit der gesellschaftlichen Machtverhältnisse), noch um die verfassungsrechtliche und gesetzliche Absicherung grundlegender Arbeitnehmerrechte durchzusetzen.

— Die Unternehmer haben ihre Privilegien zu allen Zeiten militant verteidigt. Jeder Millimeter Fortschritt mußte gegen ihren inhaltenden Widerstand durchgesetzt werden. (Dabei ist ganz aufschlußreich, daß die Unternehmer vor vielen Jahrzehnten die grundsätzliche Einführung von Tarifverträgen bzw. Betriebsräten mit haargenau denselben Argumenten und Methoden bekämpften, mit denen sie sich heute gegen die qualifizierte Mitbestimmung stellen.)

#### V

In dem Abschnitt über die gegenwärtigen Programmvorstellungen des DGB scheinen mir — gerade auch im Hinblick auf die im „Jubiläumjahr“ in breiter Öffentlichkeit geführte (kritische bis gewerkschaftsfeindliche) Diskussion über die Rolle der Gewerkschaften — folgende Sachaussagen von besonderer Bedeutung zu sein:

— Das seit 1963 gültige DGB-Grundsatzprogramm ist in mehrfacher Hinsicht überholt. Dazu Leminsky: „Der wirtschaftliche und soziale Hintergrund hat sich in der Zwischenzeit ebenso verändert wie die ideologischen Ausgangspunkte, die jenes Programm geprägt haben. Deshalb kann die Programmdiskussion nicht als abgeschlossen angesehen werden. Eher ist das Gegenteil der Fall.“

— Auch bei Verzicht auf die Formulierung eines (z. B. sozialistischen) „Endzieles“ haben die Gewerkschaften eine ständige gesellschaftspolitische Gestaltungsaufgabe. Dadurch sind der Begriff der Systemänderung relativiert und der Gegensatz von evolutionären und revolutionären Fortschritten aufgehoben. Mit ihrer Forderung nach einer „humanen Ordnung“ haben die Gewerkschaften weiterhin konkret antikapitalistische und — nach traditioneller Terminologie — „revolutionäre“ Zielvorstellungen.

— Eine weitere „Politisierung“ der Gewerkschaften ist notwendig. Sie werden künftig (zwangsläufig) auch noch stärker ihre Autonomie betonen müssen. (So werden z. B. nur autonome, von einer breiten politisierten Mitgliedschaft getragene Gewerkschaften in der Lage sein, Druck zur Durchsetzung struktureller Reformen im Interesse der Arbeitnehmer auszuüben.)

— Der Stärkung der innerverbandlichen Demokratie kommt ständig wachsendes Gewicht zu. Warum das so ist und worauf diese Stärkung zielen muß, beschreibt Leminsky so: „Die Gewerkschaften werden nur dann eine strukturändernde Politik durchsetzen können, wenn etwa Vorschläge zur Investitionslenkung oder zur beruflichen Bildung oder zur Humanisierung mit den täglichen Problemen der Beschäftigten verknüpft werden können . . . Eine solche systematische Verknüpfung von Tageszielen wie Lohnforderungen mit weitergreifenden gewerkschaftlichen Zielen ist bisher aber erst in Ansätzen sichtbar. Den Gewerkschaften ist es noch nicht gelungen, Ziele, Mittel und die organisatorischen Bedingungen miteinander zu verknüpfen.“

Mit seinen „Einführenden Überlegungen“ hat Gerhard Leminsky auch wertvolle Anstöße und Hinweise für die (weitgehend eingeschlafene) Debatte über die programmatische und organisatorische Reform des DGB geliefert.

## VI

In seinem Vorwort weist der DGB-

Vorsitzende darauf hin, daß demokratische Beteiligung der Mitgliedschaft umfassende Information voraussetzt. Aber nicht nur diesem Ziel soll die Dokumentation dienen; darüber hinaus will Heinz Oskar Vetter sie auch als Aufforderung zum Weiterdenken und möglicherweise zum Handeln verstanden wissen. Das wird deutlich, wenn er hinsichtlich des Zieles der Veröffentlichung feststellt: „Sie soll einen Beitrag leisten, den Trägern der gewerkschaftlichen Willensbildungsprozesse, also den Mitgliedern im Rahmen der Gewerkschaftsorganisation sowie allen an Gewerkschaftsfragen Interessierten, Informationen, Grundlagen und Ansatzpunkte für die Interpretation unserer gewerkschaftlichen Ziele sowie Material für die Weiter- bzw. Neuentwicklung politischer Konzeptionen und Handlungsalternativen an die Hand zugeben.“

Hoffentlich machen möglichst viele Mitglieder und Funktionäre von dem Angebot „ihres“ Vorsitzenden zu Mitarbeit Gebrauch. In diesem Sinne ist der Publikation eine möglichst große Verbreitung zu wünschen.

*Christian Götz*

Ernst Piehl

## Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung

Band 2 der Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1974, 343 Seiten, DM 12,—

Im Vergleich zum reichhaltigen Angebot ausländischer Arbeiten über Probleme der multinationalen Konzerne auf dem englischen, amerikanischen, französischen und italienischen Büchermarkt gibt es bisher relativ wenige Bücher deutscher Autoren. Deshalb greift man mit Neugier zu dem Buch Piehls, die sich noch steigert, wenn man weiß, daß er im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB tätig ist, und daß er seinen gesellschaftspolitischen Standort eindeutig auf Seiten der Gewerkschaftsbewegung sieht. Der Verfasser

behandelt nacheinander die Entwicklungsprozesse der MNK, konzernökonomische, nationalökonomische und gesellschaftspolitische Zusammenhänge, Struktur und Programmatik der weltweiten Gewerkschaftsbewegung angesichts der MNK (IBFG, WVA, WGB und die Beziehungen zwischen den verschiedenen Richtungen). Es folgt eine Darstellung der Aktivitäten der Gewerkschaften in Westeuropa am Beispiel ausgewählter MNK (*Ford, Philips, Dunlop-Pirelli, Akzo-Enka-Glanzstoff, Nestle*) sowie eine Analyse der Problembereiche in der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Im Kapitel „Elemente einer internationalen Strategie der Gewerkschaften gegenüber den MNK“ befaßt sich Piehl mit den Zielen, den Mitteln, den nichtinstitutionellen und den institutionellen Strategiefeldern. Es folgen dann seine Schlußthesen.

Piehl definiert als MNK eine „privatwirtschaftliche Organisation, die erstens den Grenzen von Nationalstaaten überschreitenden Transfer von Waren, Kapital und Arbeit auf Dauer entwickelt, zweitens neben der grenzüberschreitenden Strategie der Beschaffung (Rohstoffe usw.), des Absatzes (Marketing und ähnl.), insbesondere die Produktion auf mehrere Länder ausdehnt, und drittens, trotz rechtlich-organisatorischer Selbständigkeit der Konzernteile und trotz nationaler Aneignung des größten Profitanteils unter einer multinationalen Zentrale steht, die über Kernfragen der Kapitalstrategie — wie Investitionsplanung und -forschung — entscheidet, von denen Beschäftigte in mehreren Staaten abhängig sind.“ (Seite 22)

Obwohl Piehl keinen Streit um Begriffe entfachen und die Diskussion nicht unnötig verwirren will, erscheint eine Bemerkung zu dieser Definition angebracht: Muß der MNK notwendigerweise eine privatwirtschaftliche Organisation sein? Könnte es sich nicht auch um staatliche Firmen oder Monopole handeln? Ist die auf mehrere Länder ausgedehnte Produktion wesentlich? Wo bleiben dann die multinationalen Unternehmen des Dienstleistungsgewerbes, auch Banken und Versicherungen? Oder ist die Autofirma Toyota kein MNK, weil die

se Gesellschaft bisher kaum im Ausland produziert? Offenbar läßt sich auch an der Piehlschen Definition noch einiges verbessern.

Zu begrüßen ist die Skepsis des Verfassers gegenüber der bloß wissenschaftlichen Bearbeitung oder gar der ritualisierten Erwähnung des Themas. Tatsächlich, damit allein „schafft man noch keine praktische Solidarität unter den MNK-Beschäftigten verschiedener Länder“. (Seite 29) Und das ist ohne Zweifel die Hauptsache bei allen gewerkschaftlichen Bemühungen um die MNK.

Angesichts des modischen Beigeschmacks des Themas verweist Piehl darauf, daß schon im 19. Jahrhundert MNK existierten. Hier vermissen wir wieder den Hinweis auf die sehr viel älteren Bank- und Handelshäuser. Piehl schätzt die heutige Zahl der MNK, auf die seine Kriterien zutreffen, auf rund 1 000, von denen die Hälfte ihren Sitz in den USA haben. Eine wachsende Zahl der MNK konzentriert ihre Produktion auf wenige Branchen, die von zentraler Bedeutung für die industrielle Entwicklung jetzt schon sind oder auf absehbare Zeit werden: Elektronik, Datenverarbeitung, Kraftfahrzeuge, Mineralöl, Chemie, Kunststoff und Pharmazie (Seite 35). Lediglich in diesem Zusammenhang befaßt sich Piehl einmal kurz mit dem internationalen Bankwesen.

Als Maßstab dafür, wie erfolgreich das Kapital in den MNK arbeitet, gilt der sogenannte „cash-flow“, d. h. der Teil des Bruttogewinns, der nach allen Abzügen im Unternehmen reinvestiert werden kann. Neben der Maximierung dieser Selbstfinanzierungsquote ist die Expansion ein Hauptmerkmal der MNK. Jeder der „Superriesen“ „strebt danach, auch seinen politischen Status an Macht, Einfluß und Kontrolle auszuweiten“. „Die Strategie nach einem maximalen cash-flow in den MNK führt eindeutig in die Richtung, möglichst die Kosten des Produktionsfaktors Lohnarbeit zu reduzieren. Seit Jahren wird dafür die Anwendung neuer Möglichkeiten aus dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt einge-

setzt. Levinson (der Generalsekretär der Chemiarbeiter-Internationale, der Verfasser) sagt für die siebziger Jahre voraus, daß der Prozeß der Automatisierung enorm beschleunigt wird." (Seite 40)

Was die Festlegung von Verantwortlichkeiten für Unternehmensentscheidungen anbelangt, zeigen sich die MNK recht flexibel. „So konnten beispielsweise die Superriesen-MNK in der Automobilindustrie bereits in mehreren Konflikten die Verantwortlichkeiten zwischen Zentrale und Tochtergesellschaften hin- und herschieben." (Seite 43)

Um der Möglichkeit von Streiks zu begegnen, die in einem arbeitsteiligen MNK jederzeit besteht, wird ein doppeltes Fertigungssystem, der Aufbau paralleler Produktionsstätten betrieben, „um die Produktion möglichst vieler Teile jederzeit, vor allem bei Arbeitskämpfen, über die nationalen Grenzen hinweg verlagern zu können." (Seite 44) „Bei Neuinvestitionen überlegen die MNK . . . , wo der Arbeitsfriede relativ am stabilsten ist." (Seite 45)

Piehl weist auch auf die technologische Lücke hin, die infolge der bewußten Konzentration von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten durch die MNK in anderen Ländern entsteht. „Damit kommen alle anderen Länder in die Gefahr einer technologischen Unterentwicklung . . . Die Masse der Beschäftigten wird mit einer von ihnen kaum mehr zu beeinflussenden Berufsstruktur konfrontiert und einige Qualifikationen . . . werden in ganzen Kontinenten . . . kaum gebraucht." (Seite 46)

Von den steuerlichen Mitteln, derer sich die MNK bedienen, erwähnt Piehl die willkürliche Aufteilung der Gewinne auf Tochtergesellschaften, die Festlegung willkürlicher Preise für die Übertragung von Waren und Dienstleistungen zwischen Muttergesellschaften und Töchtern (*transfer pricing*) und die Ausnutzung von Steueroasen der kapitalistischen Welt (Seite 47/48). Genau analysiert er auch die Vielfalt der Anreize, die den MNK in den Entwicklungsländern, aber auch in Industrieländern, für Investitionen geboten werden, ohne daß die dafür

seitens der MNK gegebenen Zusagen eingehalten werden. Piehl betont demgegenüber die Ohnmacht der nationalen Währungs- und Regionalpolitiken, die von der MNK regelmäßig unterlaufen werden. Die MNK legen eine Vorliebe für Länder mit faschistischen bzw. halbfaschistischen Regimen wie Spanien, die Militärdiktaturen Lateinamerikas und Südafrika an den Tag. Dem Interesse der MNK kommt entgegen, daß in zahlreichen Staaten internationale gewerkschaftliche Sympathie- und Solidaritätsaktionen verboten sind. In den Metropolen bemühen sich die Public-Relations-Abteilungen um Gutwetter, auch mit den Gewerkschaften, während an der Peripherie von den Tochtergesellschaften desselben Konzerns noch nicht einmal Verhandlungen mit den dortigen Gewerkschaften akzeptiert werden. (Seite 63)

Während den Feststellungen Piehls über die Schwäche der kommunistischen Gewerkschaften außerhalb des Ostblocks nur zuzustimmen ist, fehlt doch die einzig sinnvolle Schlußfolgerung für eine Einheitsbewegung unter Einschuß der Kommunisten, selbstverständlich auch, ohne deren Führung. In diesem Zusammenhang fragt man sich, was wohl folgender Satz bedeutet: „Vor allem der aufkommende Faschismus in den kapitalistischen Ländern Mitteleuropas und der Stalinismus in der S.U. bedrohten von außen und innen die Entwicklung der kommunistischen Gewerkschaften." (Seite 101) Dies klingt beinahe, als hätte der Verfasser die Gründung dieser Organisationen ohne diese zerstörenden Faktoren von außen für legitim gehalten. Zu widersprechen ist Piehl auch, wenn er seine Hoffnung auf eine gegenüber den Gewerkschaftsführungen selbstständige Basis setzt. „Eine praxisnahe Aktionseinheit — nicht über Deklarationen — weniger über Spitzenrepräsentanten, sondern mehr über Absprachen zwischen betrieblichen Delegationen eines gleichen MNK" (Seite 129) führt nach aller Erfahrung nicht zu wirksameren Solidarisierungsprozessen als die von den Gewerkschaftsspitzen im Rahmen der Berufsinternationalen geknüpften Kontakte. Piehl selbst verhüllt seine Skepsis gegenüber derartigen

Basisaktivitäten nur schlecht, so stark ist seine Enttäuschung darüber, daß bei gelegentlichen Zusammentreffen von Basisdelegierten eher die Ergebnisse von „Fußball-Länderspielen“ (gleich dreimal erwähnt auf den Seiten 160 und 215) als antikapitalistische Strategien diskutiert werden.

Sehr scharf sieht er dagegen die Begrenzung der Gespräche mit dem Philipskonzern, der trotz wiederholter Treffen mit internationalen Gewerkschaftsdelegationen nicht daran gehindert wurde, allein im Jahre 1971 27 000 Mitarbeiter zu entlassen (Seite 169). Seltsam wirken aber wieder Bemerkungen wie z. B. „Solange die internationalen Organisationen keine direkte Einnahmequellen haben, bleibt die Abhängigkeit von den nationalen institutionalisiert.“ (Seite 218) Leider erfährt man nicht, welche anderen Arten der Finanzierung sich der Verfasser vorstellt.

Trotz dieser kleineren Mängel kann man sagen, daß die Schwächen der internationalen Gewerkschaftsbewegung in der Auseinandersetzung mit den MNK richtig beurteilt werden. Und man kann Piehls Schlußfolgerung nur zustimmen, daß der „Marsch durch die auf teilweise über hundertjährige Traditionen gewachsenen Ver-

handlungsinstitutionen und Gewerkschaftsstrukturen steinig und sicher lang sein wird.“ (Seite 236) Ebenso wichtig ist folgende These: „Insofern die nationale Organisation des Kapitalismus zur nationalen Organisation der Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten geführt hat, werden die MNK als die gegenwärtige Form der internationalen kapitalistischen Wirtschaft zur Internationalisierung der Gewerkschaftsbewegung beitragen. Ein Beitrag ist sicher bereits geleistet worden und spiegelt sich in den gegenwärtigen Ansätzen der internationalen Gewerkschaftsbewegung wider. Aber ein Durchbruch zu einer den MNK entsprechenden Organisationsform ist bei der Vielzahl der überwiegend national geprägten Gewerkschaften noch nicht festzustellen.“ (Seite 297) Um diesen tragischen Mangel klar zu erkennen und damit vielleicht ein Stück zu überwinden, möchte man Piehls Buch unter den Spitzenfunktionären der deutschen Gewerkschaften und weit darüber hinaus eine große Verbreitung wünschen.

*Werner Thönnessen, Stellvertr.  
Generalsekretär des  
Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB), Genf*